

## 14. Internationale Münchner Friedenskonferenz

### Internationales Forum „Frieden und Gerechtigkeit gestalten“ (12.02.2016)

Bericht von Marion Wittine, pax christi München & Freising

In ihrem Grußwort am Freitagabend dankte Stadträtin Beatrix Zurek allen Helferinnen und Helfern im Namen der Stadt München ausdrücklich für ihr Engagement bei der Ankunft der großen Flüchtlingsströme insbesondere im vergangenen Herbst. Sie betonte, dass das Asylrecht keine Obergrenze kenne und Deutschland sich als Signatarstaat der Genfer Flüchtlingskonvention zum Prinzip der sog. „Nicht-Zurückweisung“ verpflichtet habe. Sie zitierte Cicero, demzufolge „der ungerechteste Frieden besser als der gerechteste Krieg“ sei.

### Verhandlungen mit dem Islamischen Staat statt westlicher Militäreinsätze?

Erste Rednerin des Abends war die italienische Journalistin Loretta Napoleoni, die mehrere Regierungen und internationale Organisationen in Fragen der Terrorismusbekämpfung und Geldwäsche berät. Sie ist Autorin des provokativen Bestsellers „Die Rückkehr des Kalifats. Der Islamische Staat und die Neuordnung des Nahen Ostens“ (Zürich, 2015) und des Buches „Die Ökonomie des Terrors: Auf den Spuren der Dollars hinter dem Terrorismus“ (München, 2014). Ihre markante These: Der IS verfügt mehr als jede andere bewaffnete Gruppe in der Vergangenheit über die Ressourcen und die Strategien zur dauerhaften Staatenbildung. Die mittelalterliche Brutalität, mit der der „Islamische Staat“ vorgeht, und die nie gekannte mediale Selbstinszenierung, die er via die sozialen Netzwerke betreibt sind, so Napoleoni, zwei nur scheinbar widersprüchliche Gesichter einer Organisation, die sich die dramatischen Umbrüche in der Region ebenso zunutze zu machen versteht wie die technologischen Möglichkeiten des 21. Jahrhunderts.

In ihrem Vortrag zum Thema „Herausforderung Kalifatstaat. Ansätze für zivile Lösungen“ machte Napoleoni außerdem die Unterschiede in den Zielen der Terrororganisation Al-Qaida und des Islamischen Staats deutlich: Während für die Anhänger von Al-Qaida das Kalifat am Ende des Dschihads stehe, setzt der Islamische Staat das Kalifat taktisch gleich zu Beginn ein. Es dient der Expansion der von ihm kontrollierten Gebiete und ermöglicht die Beschaffung von Waffen und Geldern sowie die Anwerbung neuer Mitglieder. Bei seinen Eroberungszügen konzentriert sich der Islamische Staat auf Regionen mit Wasser- oder Erdölvorkommen oder fruchtbaren Ländereien, deren Verwaltung überträgt er gegen eine Pacht den Stammesältesten vor Ort. Napoleoni zufolge setzt der Islamische Staat Terrorismus nicht als Ziel, sondern als Mittel zum Zweck der Nationsbildung ein. Die Ideologie eines großen – wenn nicht gar globalen - Islamischen Staates sei auch deshalb für junge Menschen attraktiv, weil diese darin die Chance sehen, „Gründerväter und -mütter“ einer neuen Nation zu sein, der Einsatz barbarischer Gewalt werde – in einer ohnehin von Gewalt geprägten Welt – hierfür in Kauf genommen.

Napoleoni setzt sich dafür ein, Verhandlungen mit dem Islamischen Staat nicht von vornherein eine Absage zu erteilen. Wenn das vorrangige Ziel der religiösen Extremisten tatsächlich darin besteht, einen eigenen Staat zu festigen, ließen sich nur auf dem Verhandlungsweg Zugeständnisse erzielen. Dass Verhandlungen nicht völlig abwegig sind, beweisen – wie Napoleoni bemerkte – die bisherigen Verhandlungen mehrerer Staaten mit dem IS zur Freilassung von Geiseln. Europa solle die Führungsrolle bei den Verhandlungen mit dem IS übernehmen, so Napoleonis dringender Appell an die Staatengemeinschaft. Militärische Interventionen des Westens hingegen spielten dem Islamischen Staat im Hinblick auf die Unterstützung in der lokalen Bevölkerung, die Rekrutierung neuer Mitglieder und die Verkündung ihrer anti-imperialen Botschaft gar in die Hände.

## **Können die Religionen noch einen Beitrag zum Frieden leisten?**

Dr. Markus A. Weingardt, Bereichsleiter „Frieden“ bei der von Hans Küng gegründeten Stiftung Weltethos in Tübingen sprach als zweiter Hauptredner des Abends über „Religion und Frieden“ und nannte Beispiele für Friedensarbeit aus religiöser Motivation. Der Politikwissenschaftler ist Friedens- und Konfliktforscher mit den Schwerpunkten Religion und Pazifismus, sowie Herausgeber der Schriftenreihe „Religion - Konflikt - Frieden“ (Nomos-Verlag). Seinen Vortrag leitete er mit den Worten des Soziologen Ulrich Beck ein: „Die Gesundheitsminister warnen: Religion tötet. Religion darf an Jugendliche unter 18 Jahren nicht weitergegeben werden“. Die Medien suggerierten oft, dass Religion gefährlich sei. Tatsächlich seien Krieg, Terror und Gewalt viel zu häufig religiös motiviert.

Weingardt unterstrich, dass bei Friedensprozessen aber oftmals religiöse Akteure auch eine wichtige und konstruktive Rolle spiel(t)en und nannte prominente und weniger bekannte Beispiele für Friedensarbeit aus religiöser Motivation, darunter die „Helden gewaltloser Konfliktbearbeitung“ Mahatma Gandhi, Martin Luther King ebenso wie der Dalai Lama. Weingardt betonte, dass es wichtig sei, anzuerkennen, dass den Religionen nicht nur ein Gewalt-, sondern auch ein Friedenspotenzial innewohnt und diese maßgebliche Beiträge zur Überwindung von Gewalt leisten können. Durch Sach- und Fachkompetenz, Glaubwürdigkeit sowie Verbundenheit und Nähe zu den Menschen im Konflikt genießen Religionen oftmals einen Vertrauensvorschluss, der wiederum Handlungs- und Verhandlungsspielräume in Konflikten eröffnet.

Weingardt appellierte in diesem Zusammenhang an die Religionen, ihre eigenen Friedenskompetenzen zu erkennen, diese im Austausch mit anderen gesellschaftlichen Akteuren weiterzuentwickeln und in Friedensprozesse aktiv einzubringen. Die Politik wiederum sei aufgerufen, religiös hilfreiche Akteure zu identifizieren, diese zu stärken und in Friedensprozesse einzubeziehen.

## **Überwindung von Feindschaft durch Begegnung**

Die dritte Hauptrednerin des Abends, die gebürtige Israelin Nirit Sommerfeld, ist freiberufliche Schauspielerin, Sängerin und politische Aktivistin, die sich für einen differenzierten Blick auf die aktuelle Situation im Nahen und Mittleren Osten einsetzt. Im Alter von acht Jahren kam sie als Tochter eines deutschen Juden nach Deutschland. Als Erwachsene wollte sie in ihre „Heimat“ Israel zurückkehren und lebte dort von 2007 bis 2009 mit ihrer Familie, kam aber anschließend wieder nach Deutschland, da das Land ganz anders war, als sie als Kind in Erinnerung hatte. Sie schloss sich im Hinblick auf den israelisch-palästinensischen Konflikt Napeleonis Appell an, dass es notwendig sei mit der jeweils „anderen“ Seite zu sprechen und verwies darauf, dass dies die größte Kraft der unzähligen - es sind weit über 1.000 - Nicht-Regierungs-Organisationen in Israel und Palästina sei. Diese NGOs werden vor allem von der EU und den USA gefördert, viele auch direkt von Deutschland. Die Organisationen sehen ihre Aufgabe nicht in erster Linie darin, Frieden zu schaffen, sondern sie wollen aufklären, aufrütteln, dokumentieren und gemeinsame Wege suchen. „Versöhnungsprojekte gibt es in Israel/Palästina in Hülle und Fülle. Auf beiden Seiten gibt es sehr engagierte Menschen. Mauer und Politik verhindern jedoch bewusst das Zusammenkommen der Menschen. Mein Anliegen ist zunächst die Beendigung der Besatzung“, so Nirit Sommerfeld, die dann die konkrete Arbeit einiger NGOs in Israel und Palästina vorstellte, darunter u. a. „Breaking the Silence“ (eine Organisation ehemaliger israelischer Soldaten, die in den besetzten Gebieten waren; gegen diese findet derzeit eine Hetzjagd wegen „anti-israelischer Betätigung“ statt), „Machsom Watch“ (israelische Frauen, die als Beobachterinnen an den Checkpoints stehen und mit Fotos und Videos die Behandlung der Palästinenser durch die israelischen Grenzkontrolleure dokumentieren), das israelische Forschungszentrum „Whoprofits.org“, das die Aufdeckung kommerziellen Interessen von israelischen und internationalen Unternehmen durch die

anhaltende Besetzung der palästinensischen Gebiete zum Ziel hat, die israelische Organisation „Zochrot“, die sich für die Anerkennung der sog. „Nakba“ von 1947/48 einsetzt, das Israelische Komitee gegen Hauszerstörungen (ICAHN), das palästinensische Zentrum für Menschenrechte, das 1995 von Rechtsanwalt Raji Sourani zur Verteidigung der Menschenrechte der Palästinenser nach internationalen Standards gegründet wurde sowie den „Holy Land Trust“, der sich für den gewaltlosen Widerstand der Palästinenser einsetzt. Sommerfeld ist überzeugt: „Da, wo sich Israelis und Palästinenser als Menschen begegnen, ist Feindschaft nicht mehr möglich“.

## **Expertenhearing „Schutz der Menschenrechte durch Prävention“**

Am 13. Februar 2016

**Bericht von Tobias Damjanov, gekürzt und redaktionell bearbeitet von Thomas Rödl**

Die Veranstaltungsform „Expertenhearing“ war ein Experiment im Rahmen der Veranstaltungen der Internationalen Friedenskonferenz: Grundlage war das zuvor vom Trägerkreis der Internationalen Münchner Friedenskonferenz erarbeitete Manifest „Schutz der Menschenrechte durch Prävention“. Dieses sollte, nach Themenbereichen unterteilt, zunächst von ExpertInnen, dann von VertreterInnen von Friedensorganisationen, und schließlich von ParteipolitikerInnen kommentiert werden. Im Anschluss war eine Diskussion mit dem Publikum vorgesehen. Gemessen an der zur Verfügung stehenden Gesamtzeit von nur zweieinhalb Stunden war dies ein äußerst dichtgedrängter Zeitplan, weshalb die o.a. Statements jeweils nur wenige Minuten in Anspruch nehmen durften. Dass dabei nicht alle Aspekte des Manifests ausgeleuchtet werden konnten, war zwangsläufig.

An der Veranstaltung nahmen ca. 190- 200 Personen teil.

Zu Beginn hielt **Simone Burger** für den **DGB Region München** ein Grußwort, in dem sie an der Münchner Sicherheitskonferenz kritisierte, sie fände „unter Ausschluss der Demokratie“ statt und sei „keine Friedenskonferenz“. Ansonsten unterstrich sie den bekannten gewerkschaftspolitischen Zusammenhang von Frieden und Arbeit.

### **ExpertInnenrunde**

**Thomas Rödl** (Trägerkreis Friedenskonferenz und DFG-VK Bayern; Thema: UNO) widmete sich zum einen dem Zusammenhang von UN-Charta und deutschem Grundgesetz und das praxisorientiert, indem er u.a. darauf verwies, dass die DFG-VK Bayern in der Vergangenheit Strafanzeige erstattet habe, weil die Bundeswehr ohne Beschluß des Sicherheitsrates, also völkerrechtswidrig, eingesetzt wurde und wird. Seine Folgerung: Wer die UN stärken will, muss das deutsche Grundgesetz wirklich anwenden. Die friedliche Beilegung von Streitigkeiten habe völkerrechtlich vor dem Internationalen Gerichtshof (IGH) zu erfolgen. Die Anerkennung der Rechtsprechung des IGH durch die Bundesregierung enthielt aber den Vorbehalt, daß der IGH nicht über die Einsätze der Bundeswehr im Ausland sowie über die Nutzung des Gebietes der BRD für militärische Zwecke zu entscheiden habe. Völkerrecht stärken muss deswegen heißen: Das Grundgesetz respektieren – und ergo die besagten „Vorbehalte“ zurückziehen.

Zum zweiten unterstrich er, dass der Atomwaffensperrvertrag zur nuklearen Abrüstung verpflichte, dem die Atommächte aber nicht nachkämen. Rüstungskontrolle und der Gedanke der gemeinsamen Sicherheit seien durch die Kündigung des ABM-Vertrags durch US-Präsident Bush beendet worden. Es droht aktuell ein neues atomares Wettrüsten. Umso wichtiger sei der Abzug der Atomwaffen aus Deutschland und ein einseitiger Ausstieg aus der atomaren Teilhabe.

**Heidi Meinzolt** (Internationale Frauenliga; Thema: Präventive Politik und Diplomatie) eröffnete mit der Feststellung, dass „Gendergerechtigkeit Voraussetzung für eine friedliche Gesellschaft“ sei. Sie problematisierte den Begriff der Prävention damit, dass angesichts vorhandener Gewaltanwendung Prävention wohl eher eine Art von „soft issue“ sei; Prävention sei jedoch in jeder Konfliktphase wichtig. Im Folgenden hob sie die besondere Bedeutung der Frauenfriedensbewegung hervor, wie sich einerseits an der sexualisierten Gewalt in Kriegen zeige, andererseits aber auch an der Rolle von Frauen als spezielle Vermittlerinnen.

Als strategisch-politische Konsequenz forderte sie „eine Art von Transformationsagenda, um von der Sicherheits- zu einer Friedenspolitik zu kommen“. Die angebliche Alternativlosigkeit zur vorherrschenden Sicherheitspolitik bezeichnete sie als Lüge. Beispiele für Alternativen seien (in Schlagworten wiedergegeben): Frühwarnindikatoren bei Konflikten, Konfliktlösungen z.B. durch „gegenderte Analyse“, Entmilitarisierung, Abrüstung, Frauen- und Menschenrechte, gerechte nachhaltige Entwicklung („von der lokalen zur globalen Verantwortung“), Frauenmandatierung.

**Mohssen Massarrat** (Prof. i. R. der Universität Osnabrück, Thema: Präventive Wirtschaftspolitik) orientierte seine Ausführungen stark an „dem Wunsch nach präventiver Wirtschaftspolitik gegenüber ‚dem Süden‘“. Dazu beleuchtete er cursorisch z.B. die Frage von Agrarsubventionen und Zollpolitik gegenüber ‚dem Süden‘, in deren Folge die Kaufkraft geschwächt, Binnenmärkte zerschlagen und Zölle gegen Länder ‚des Südens‘ abgeschafft würden. Er plädierte dafür, die Frage von Freihandelszonen (Beispiel TTIP), bei denen es sich eher um Investitionspolitik handle, mit ins Manifest aufzunehmen. Dazu benannte er eine Reihe negativer Folgen von TTIP und ähnlichen Abkommen (u.a. für die Daseinsvorsorge, in der Rücknahme der Rekommunalisierung, bei den militärischen Komponenten à la Clintons Wirtschafts-NATO), die letztlich zu einer „Blockbildung im neuen Gewand“ führen dürften, Schlupflöcher beim Arbeitsrecht eröffneten und eine Vertiefung der Armut sowie eine nie gekannte Beschleunigung der Flüchtlingsursachen und -bewegungen nach sich zögen. Als Grund für die „Geheimniskrämerei und die undemokratischen Vorgehensweisen“ bei TTIP sah er die Angst der Herrschenden, die er als „Ansatzpunkt für eine große Gegenbewegung“ charakterisierte.

**Andreas Zumach** (Journalist, Thema: Polizeikräfte für die UNO) stellte zunächst die Ausgangsfrage: Wenn Konfliktpräventionen mit zivilen Mitteln scheitern: Was dann? Trotz eines solchen Scheiterns dürfe man die Lösung nicht schon wieder den Militärs überlassen. Er sprach sich stattdessen für eine „spezielle Polizeitruppe“ aus, aber nicht zusätzlich, sondern bei gleichzeitigem Abbau von Militärtruppen. Wer könne eine derartige Truppe einsetzen: Der UN-Sicherheitsrat? Bei dessen aktueller Besetzung sei das nicht in seinem Interesse. Ein Einsatz könne vielmehr von der UN-Generalversammlung beschlossen werden, auch bei einer Veto-Ankündigung des Sicherheitsrats. Als positive Beispiele dafür, dass sich mit und durch die UNO durchaus etwas bewegen lässt, nannte er u.a. das Verbot von Minen, von Streumunition, wie auch die Schaffung des Internationalen Strafgerichtshofes (IGSH; nicht zu verwechseln mit dem Internationalen Gerichtshof).

**Dr. Klaus Hahnzog** (Mitglied des Bayrischen Verfassungsgerichtshofes, zum Friedensauftrag des Grundgesetzes) stellte zu seinem Thema eingangs fest: „Die Rolle und Verpflichtung der Bundesregierung bei Erfüllung des Friedensauftrags des Grundgesetzes ist noch nicht wahrgenommen worden.“ Der Friedensauftrag sei in der Präambel des Grundgesetzes mit dem Satz „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ verankert. Die Seele des Grundgesetzes sei „In dubio pro libertate“ (Im Zweifelsfall für die Freiheit; in Anlehnung an den juristischen Grundsatz „Im Zweifelsfall für den Angeklagten“; TD). Das bedeute, dass nicht nur der Täter gebunden sei, sondern auch der Gehilfe. Hinsichtlich einer UN-Polizeitruppe sah er die Gefahr einer neuen Kontrollinstitution, die sich z.B. im geheimdienstlichen Bereich niederschlagen könne.

Das Grundgesetz sehe ausschließlich einen Verteidigungsauftrag vor: 320 neue Kampfpanzer für eine Verteidigungsarmee? Das sei nicht rechtens. Er schloss mit dem Satz: „Wer den Frieden durch mehr Rüstung erreichen will, der verliert auch den Frieden.“

**Oliver Knabe** (Geschäftsführer Forum ZFD, Thema: Zivile und gewaltfreie Handlungsmöglichkeiten) kritisierte, dass Erfahrungen wie mit dem „Balkan Peace Team“ von Politikern viel zu wenig genutzt würden. Das „Übertragen friedenslogischer Grundprinzipien“ auf die Politik fehle weitgehend. Dazu nannte er Beispiele u.a. aus der Arbeit des Forum ZFD wie Versöhnungsansätze durch praktisches Zusammenführen von Gegenseiten.

### ***Die Statements von VertreterInnen von Friedensorganisationen***

Outi Arajärvi: Nonviolent Peace Force; Stefan Brües: Bund für soziale Verteidigung; Stephan Kroener: Peace Brigades International; Tobias Damjanov: Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen; Martin Pilgram: Pax Christi, brauchen hier nicht wiedergegeben zu werden, weil sie fast ausnahmslos politische Tätigkeitsbeschreibungen der jeweiligen Organisation beinhalteten, die man bei weiterem Interesse über die entsprechenden Webseiten einsehen kann. (und in der ausführlichen Dokumentation der Friedenskonferenz enthalten sein werden)

### ***Äußerungen von Parteipolitikern***

**Klaus Buchner** (MdEP für die Ökologisch Demokratische Partei) betonte, seine Partei sei eine Friedenspartei. Er unterstütze grundsätzlich die Anliegen und Zielsetzungen des Manifests. Ansonsten stellte er die ÖDP und seine Arbeitsbereiche vor.

**Tobias Pflüger** (stellvertretender Parteivorsitzender Die LINKE) beschäftigte sich konkret mit dem Manifest. So wollte er zunächst wissen, an wen sich das Manifest richte. Dann forderte er, dass bestimmte Themenpunkte im Manifest berücksichtigt werden sollten, so z.B. die Bedingungen gegenwärtiger Antikriegsarbeit und die Absage an eine neue deutsche Weltmacht. Die „unerträgliche Aufrüstung“ müsse auch so benannt werden. Selbstverständlich (sic!) müssten auch Militäraktionen *mit* UN-Mandat abgelehnt werden. Ein Rüstungsexportverbot reiche nicht aus, es müsse auch die Rüstungsproduktion verboten werden. Er sah einen strukturellen Zusammenhang der so genannten Freihandelszonen (TTIP etc.) mit den Assoziierungsabkommen der EU. Zur Diskussion über UN-Polizeitruppen warnte er davor, dass diese, unter neuem „Cover“, auch mehr Akzeptanz für Militäreinsätze nach sich ziehen könnten. Im Manifest müsse „die neue Rolle der Bundeswehr als Interventionsarmee“ herausgestellt werden.

Thomas Rödl stellte in einer Art Schlusswort fest, Manifest und Hearing hätten eine wichtige Diskussion angestoßen. Als eine Perspektive forderte er, man solle sich „mehr auf Visionen einlassen.“